

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

A 0016/2022 (DBK)

**Auftrag Fraktion Grüne: Rahmenbedingungen für das Führen von Tagesschulen schaffen (25.01.2022)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schaffung von geeigneten gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für das Führen von Ganztages- und integrierten Tagesschulen durch die Träger der öffentlichen Schulen (Volksschule) zu prüfen und die nötigen Schritte aufzuzeigen.

*Begründung 25.01.2022: schriftlich.*

Mit der Einführung von Blockzeiten hatte der Kanton seinerzeit die Rahmenbedingungen für Berufstätigkeiten beider Elternteile verbessert. Vielerorts gibt es inzwischen Hort-Angebote für die Zeiten ausserhalb des schulischen Unterrichts. Solche laufen unter verschiedenen Bezeichnungen wie «Hort», «Tagesschule», «Kinder- und Jugendzentrum» usw. Die Trägerschaften sind öffentlich (Gemeinde) oder privat. Damit konnten in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern weiter verbessert werden. Diese Angebote sind organisatorisch und personell vollständig getrennt von der Volksschule.

Vor allem in städtischen Gebieten anderer Kantone der Deutschschweiz wurden in neuerer Zeit verschiedentlich öffentliche Ganztages- oder öffentliche integrierte Tagesschulen geschaffen, wie sie in den lateinischen Landesteilen der Schweiz und im Ausland schon lange bestehen. Leider kommt im neuen Volksschulgesetz, das gemäss Botschaft «der heutigen Zeit angepasst» sei, der Begriff Tagesschule überhaupt nicht vor. Solche Angebote zeichnen sich dadurch aus, dass sie Unterricht und Betreuung unter einem einzigen (organisatorischen) Dach ermöglichen und damit eine ganzheitliche Förderung, getragen durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit im gesamten Team der Tagesschule, ermöglichen. Lehrplan und Lektionentafel der Volksschule sind in diesen Angeboten vollständig und unverändert integriert. Die Betreuung ist für die Eltern kostenpflichtig und wird in der Regel durch die Gemeinden subventioniert durch sozial abgestufte Tarife.

Im Kanton Solothurn könne zwar eine Gemeinde bereits heute ein verbindlich brauchbares Betreuungsangebot um den Volksschul-Stundenplan «herumbauen». Auch ist es theoretisch möglich, dass eine Person mit Lehrbefähigung nebst einem Teilpensum an einer Volksschule ein Pensum in einem zugehörigen Hortangebot übernimmt. Solches bedingt aber heute unnötige administrative Hürden wie zum Beispiel zwei unterschiedliche Anstellungsverträge mit den entsprechenden Nachteilen zum Beispiel im Bereich Altersvorsorge usw. Zudem setzt das Volksschulgesetz der genannten wertvollen interdisziplinären Zusammenarbeit heute zu enge Grenzen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat, die Schaffung passender Rahmenbedingungen für solche Angebote zu prüfen und die nötigen Schritte aufzuzeigen.

*Unterschriften:* 1. Barbara Wyss Flück, 2. Heinz Flück, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christof Schauwecker, Simone Wyss Send (10)